



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation UVEK

Bundesamt für Energie BFE
Erneuerbare Energie

Richtlinie April 2025 – **Directive** avril 2025

Förderung von Biomethananlagen

Encouragement des installations de biométhane

Richtlinie - Directive

Herausgeberin:

Bundesamt für Energie BFE
CH-3003 Bern
www.bfe.admin.ch

Éditeur:

Office fédéral de l'énergie OFEN
CH-3003 Berne



INHALTSVERZEICHNIS – TABLE DES MATIÈRES

1.	EINLEITUNG	3
2.	GRUNDLAGEN	3
2.1	Förderberechtigte Anlagen	3
2.2	Neuanlagen und erhebliche Erweiterungen	3
2.3	Kombination von Fördermitteln	3
3.	GESUCHSPROZESS	4
3.1	Gesuchseinreichung	4
3.2	Zusicherung dem Grundsatz nach	5
3.3	Meldung des Baubeginns und der Inbetriebnahme	5
3.4	Bauabschlussmeldung	5
3.5	Definitive Festsetzung des Investitionsbeitrags	5
4.	WEITERE INFORMATIONEN	6
4.1	Reihenfolge der Berücksichtigung	6
4.2	Früherer Baubeginn	6
4.3	Auszahlung des Investitionsbeitrags	6
4.4	Anrechenbare Kosten	6
4.5	Fristen und Fristerstreckung	7
4.6	Anforderungen an den Betrieb	7
4.7	Fehlerhafte oder unvollständige Angaben	7
5.	FAQs	7

1.	INTRODUCTION	8
2.	BASES	8
2.1	Installations éligibles	8
2.2	Nouvelles installations et agrandissements notables	8
2.3	Combinaison de subventions	8
3.	PROCESSUS DE DEMANDE	9
3.1	Dépôt de la demande	9
3.2	Garantie de principe	10
3.3	Avis de début des travaux et de mise en service	10
3.4	Avis de fin des travaux	10
3.5	Fixation définitive de la contribution d'investissement	10
4.	INFORMATIONS COMPLEMENTAIRES	11
4.1	Ordre de prise en compte	11
4.2	Début anticipé des travaux	11
4.3	Payement de la contribution d'investissement	11
4.4	Coûts imputables	11
4.5	Délais et prolongation des délais	12
4.6	Exigences relatives à l'exploitation	12
4.7	Données erronées ou incomplètes	12
5.	FAQ	12

1. EINLEITUNG

Das Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen vom 1. Januar 2025 (CO₂-Gesetz; SR 641.71) sieht mit Artikel 34a Absatz 1 Buchstabe d neu ein Instrument zur Förderung der Produktion von erneuerbaren Gasen vor. Die Förderberechtigung und die Höhe des Beitrags sind in der Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung; SR 641.711) in den Artikeln 113d bis 113f geregelt. Zusätzlich finden die Bestimmungen des Subventionsgesetzes vom 5. Oktober 1990 (SuG; SR 616.1) und des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 20. Dezember 1968 (VwVG; SR 172.021) Anwendung.

Die vorliegende Richtlinie konkretisiert die Bestimmungen bezüglich des Förderinstruments. Sie ist den Bestimmungen im Gesetz und in der Verordnung untergeordnet.

2. GRUNDLAGEN

2.1 Förderberechtigte Anlagen

Förderberechtigt sind Neuanlagen und erhebliche Erweiterungen von Biomethananlagen (Art. 113d Abs. 1 CO₂-Verordnung). Biomethananlagen sind Biogasanlagen, die ihr Gas auf Einspeisequalität – sprich Biomethan – aufbereiten und es dann entweder ins Gasnetz einspeisen oder lokal als Treibstoff verwenden.

2.2 Neuanlagen und erhebliche Erweiterungen

Als **Neuanlage** gilt, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist (Art. 113d Abs. 2 CO₂-Verordnung):

- Wenn an diesem Standort zuvor keine Biomethananlage oder Bestandteile davon bestanden haben. Als gleicher Standort gilt die Parzelle oder, wenn es sich aus dem Kontext ergibt, auch Nachbarparzellen, sofern eine ausreichende räumliche Nähe besteht.
- Wenn eine bestehende Anlage umfassend ersetzt wird. Ein solcher umfassender Ersatz liegt vor, wenn die notwendige Investition annähernd so gross ist wie diejenige in eine vergleichbare, tatsächlich neue Anlage. Allenfalls verbleibende Anlagenteile dürfen höchstens von untergeordneter Bedeutung sein. Die Beurteilung, ob ein umfassender Ersatz vorliegt, trifft das BFE nach Anhörung der Gesuchstellenden.
- Wenn eine bestehende Biogasanlage von der Stromproduktion auf die vorrangige Biomethanproduktion umgerüstet wird. Eine Fortsetzung der Strom- und Wärmeproduktion ist dabei möglich, insbesondere für den Eigengebrauch. Die Einschränkungen bezüglich der Förderung dazu sind in Kapitel 2.3 beschrieben.

Als **erhebliche Erweiterung** gilt, wenn durch bauliche Massnahmen die Bruttoenergieproduktion im Vergleich zur Durchschnittsproduktion der letzten drei vollen Betriebsjahre um mindestens 25 Prozent gesteigert wird (Art. 113d Abs. 3 CO₂-Verordnung). Liegen noch keine drei Betriebsjahre vor, wird kein Investitionsbeitrag gesprochen.

Wird eine stromproduzierende Biogasanlage **gleichzeitig erheblich erweitert und auf Biomethanproduktion umgerüstet**, kann der Gesuchsteller **wählen**, ob das Projekt als Neuanlage oder erhebliche Erweiterung betrachtet werden soll. Bei einer erheblichen Erweiterung wird die „ursprüngliche Kapazität“ zur Berechnung der Förderhöhe von der Kapazität des bestehenden Blockheizkraftwerks abgeleitet.

2.3 Kombination von Fördermitteln

Der Investitionsbeitrag für Biomethananlagen ist kombinierbar mit:

- Kantonalen oder kommunalen Fördergeldern;
- Privatwirtschaftlichen Fördergeldern (z.B. Biogasfonds des VSG).

Der Investitionsbeitrag für Biomethananlagen ist **nicht** kombinierbar mit:

- Förderbeiträge auf Bundesebene in den vergangenen **10 Jahren** für dasselbe Projekt bzw. das gleiche Projekt (Art. 113d Abs. 5 CO₂-Verordnung):
 - o Investitionsbeiträge (Energiegesetz, CO₂-Gesetz, KIG);
 - o Beiträge für Forschungs- oder P&D-Projekte.
- Einspeisevergütung, Betriebskostenbeitrag oder gleitender Marktpremie.

Durch den Rückzug aus der Einspeisevergütung, dem Betriebskostenbeitrag und der gleitenden Marktpremie wird ein Investitionsbeitrag möglich. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die Anlage anschliessend für die Dauer von **10 Jahren diese Instrumente nicht beanspruchen kann**. Andernfalls muss sie den Investitionsbeitrag ganz oder teilweise zurückbezahlen.

3. GESUCHSPROZESS

3.1 Gesuchseinreichung

Gesuche sind beim BFE einzureichen, wobei folgende Punkte beachtet werden müssen:

- Die Inhaberin der Anlage ist als einzige berechtigt, ein Gesuch zu stellen.
- Die Förderung gilt ausschliesslich für zukünftige Investitionen. Das Gesuch ist vor dem Baubeginn einzureichen.
- Ein Gesuch kann erst gestellt werden, wenn eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt. Projekte, für die keine Baubewilligung erforderlich ist, müssen baureif sein.
- Die Bauarbeiten dürfen erst beginnen, nachdem die Zusicherung dem Grundsatz nach erteilt wurde. Es besteht jedoch die Möglichkeit, im Gesuchsformular einen Antrag auf vorzeitigen Baubeginn zu stellen.
- Gesuche müssen rechtsgültig von der Inhaberin unterzeichnet sein: entweder handschriftlich auf Papier (im Original) oder elektronisch mit einer qualifizierten Signatur.
- Elektronisch unterzeichnete Gesuchsformulare und Anhänge werden vorzugsweise über das allgemeine [e-Übermittlungsformular des BFE](#) eingereicht. Das handschriftlich unterschriebene Gesuchsformular kann per Post eingereicht werden (alternativ zur e-Übermittlung können die restlichen Dokumente auf einem Datenträger mitgeschickt werden): *Bundesamt für Energie, IB Biomethan, Sektion Erneuerbare Energien, 3003 Bern.*
- Das Gesuch muss vollständig sein. Unvollständige Gesuche werden zurückgewiesen und müssen neu eingereicht werden.
- Als Einreichdatum gilt das Datum der e-Übermittlung oder das Datum des Poststempels des **vollständigen** Gesuchs.

Ein vollständiges Gesuch muss folgende Informationen enthalten:

- Ein vollständig ausgefülltes und rechtsgültig unterschriebenes Gesuchsformular.
- Einen Projektbeschrieb mit mindestens folgenden Kapiteln:
 - o Ausgangslage;
 - o Substrate, Gasausbeute und geplante Biomethanproduktion;
 - o Anlagenbeschrieb;
 - o Eigene Berechnung des Investitionsbeitrags.
- Einen Übersichtsplan der Anlage.
- Eine Auflistung der anrechenbaren Kosten, mit Offerten hinterlegt (bei Erweiterungen: mind. 80% hinterlegt), im Excelformat. Eine Vorlage wird vom BFE bereitgestellt.

Eingehende Gesuche werden auf Vollständigkeit geprüft. Wenn alles vorhanden ist, erhält die Gesuchstellerin eine Eingangsbestätigung. Erst durch den Erhalt dieser Eingangsbestätigung gilt ein Gesuch als eingereicht.

3.2 Zusicherung dem Grundsatz nach

Sind die Anspruchsvoraussetzungen voraussichtlich erfüllt und stehen genügend Fördermittel zur Verfügung, so sichert das BFE per Verfügung den Investitionsbeitrag dem Grundsatz nach zu und setzt die voraussichtliche und gleichzeitig maximale Höhe des Investitionsbeitrags fest.

Die Zusicherung gilt für die im Gesuch beschriebene Anlage und basiert auf der geplanten Kapazität der Aufbereitungsanlage. Grössere Änderungen des Projekts müssen mit dem BFE vorgängig besprochen werden, um zu ermitteln, ob die Zusicherung dem Grundsatz nach ihre Gültigkeit behält.

3.3 Meldung des Baubeginns und der Inbetriebnahme

Der Baubeginn und die Inbetriebnahme müssen dem BFE gemeldet werden. In der Meldung muss das Datum des Baubeginns bzw. der Inbetriebnahme angegeben werden sowie Änderungen gegenüber den im Gesuch gemachten Angaben (z.B. Änderung der Anlagenkapazität, Änderungen des Zeitplans, etc.). Für die Meldungen wird vom BFE ein Formular bereitgestellt.

3.4 Bauabschlussmeldung

Bei Neuanlagen:

Spätestens 6 Monate nach der Inbetriebnahme ist dem BFE eine Bauabschlussmeldung einzureichen. Damit werden die tatsächlichen und verifizierten Daten zu der geförderten Anlage geliefert. Sie muss folgende Angaben und Unterlagen enthalten:

- a. Inbetriebnahmedatum;
- b. Änderungen gegenüber den Angaben im Gesuch;
- c. Kopie der Bewilligung durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG);
- d. Kopie des Inbetriebnahmeprotokolls und eines Leistungstests durch eine akkreditierte Stelle;
- e. Baukostenabrechnung (Auflistung der tatsächlichen Kosten, mit Rechnungsbelegen).

Bei Erweiterungen:

Spätestens 18 Monate nach der Inbetriebnahme ist dem BFE eine Bauabschlussmeldung einzureichen. Damit werden die tatsächlichen und verifizierten Daten zu der geförderten Anlage geliefert. Sie muss folgende Angaben und Unterlagen enthalten:

- a. Inbetriebnahmedatum;
- b. Änderungen gegenüber den Angaben im Gesuch;
- c. Kopie des Inbetriebnahmeprotokolls und eines Leistungstests (durch eine akkreditierte Stelle durchgeführt);
- d. Produktionsdaten von 12 aufeinander folgender Monate. Diese müssen aufzeigen, dass die Produktionssteigerung von mindestens 25% erreicht wurde.
- e. Baukostenabrechnung (Auflistung der tatsächlichen Kosten, mit Rechnungsbelegen).

3.5 Definitive Festsetzung des Investitionsbeitrags

Basierend auf der Bauabschlussmeldung setzt das BFE den Förderbetrag per Verfügung definitiv fest. Der maximal zugesprochene Förderbeitrag der Zusicherung dem Grundsatz nach kann dabei nicht überschritten werden. Geht aus der Bauabschlussmeldung hervor, dass die Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllt werden oder dass die Anlage nicht den im Gesuch ausgewiesenen Angaben entspricht, erlischt der Anspruch auf eine Förderung. Bereits getätigte Zahlungen müssen zurückerstattet werden.

4. WEITERE INFORMATIONEN

4.1 Reihenfolge der Berücksichtigung

Die Mittel für das Förderinstrument sind begrenzt. Zeichnet sich eine Mittelknappheit ab, gilt folgende Reihenfolge bei der Berücksichtigung für eine Förderung:

1. Netzeispeisende Anlagen vor nicht netzeinspeisenden Anlagen.
2. Anlagen mit grösserer Leistung vor Anlagen mit kleinerer Leistung.
3. Erstmalig erstellte Anlagen vor Umrüstungen/komplettem Ersatz.

Gesuche, für die nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, werden abgelehnt. Es gibt keine Warteliste; ein neues Gesuch kann im Folgejahr eingereicht werden.

4.2 Früherer Baubeginn

Das BFE kann den früheren Baubeginn bewilligen, wenn es mit schwerwiegenden Nachteilen verbunden wäre, die Zusicherung dem Grundsatz nach abzuwarten. Der Entscheid über die Bewilligung wird mit der Eingangsbestätigung kommuniziert. Bis zu diesem Zeitpunkt darf mit dem Bau nicht begonnen werden, andernfalls erlischt der Anspruch auf eine Förderung. Die Bewilligung gibt keinen Anspruch auf einen Investitionsbeitrag.

4.3 Auszahlung des Investitionsbeitrags

In der Verfügung wird ein Zahlungsplan festgelegt. In der Regel wird der Investitionsbeitrag in zwei bis drei Tranchen ausbezahlt. Jede Zahlung ist an einen Meilenstein gebunden. Die erste Tranche wird bei Baubeginn ausbezahlt, die letzte nach definitiver Festsetzung des Investitionsbeitrages (infolge der Bauabschlussmeldung). Zusätzliche Bedingungen für Auszahlungen können in der Verfügung definiert werden (z.B. Einreichen von Nachweisen).

In der Verfügung können Einschränkungen definiert werden, die im Falle einer Kürzung der Fördermittel durch den Bundesrat oder das Parlament greifen. Diese Einschränkungen können auch bereits verfügte, aber noch nicht ausgezahlte Fördergelder betreffen.

4.4 Anrechenbare Kosten

Anrechenbar sind insbesondere die Planungs-, die Erstellungs- und die Bauleitungskosten sofern sie:

- a. In direktem Zusammenhang mit der Biomethanproduktion der Anlage anfallen;
- b. Notwendig, effizient und angemessen sind.

Erachtet das BFE gewisse Kosten als nicht notwendig, ineffizient oder unangemessen, werden die betroffenen Kostenpunkte gekürzt. Planungs- und Bauleitungskosten werden bis maximal 15 Prozent der anrechenbaren Erstellungskosten angerechnet. Eigenleistungen können zu einem branchenüblichen Stundenansatz und bis maximal 30'000 Franken angerechnet werden, sofern sie detailliert ausgewiesen und begründet sind. Stundenrapporte müssen der Bauabschlussmeldung beigelegt werden, damit sie anrechenbar sind.

Nicht anrechenbar sind insbesondere (Liste nicht abschliessend):

- Grundstückskosten
- Strassen und Parkplätze
- Fahrzeuge
- Begrünungskonzepte, Umgebungsarbeiten
- Mehrwertsteuer

Für landwirtschaftliche Betriebe gilt: Kosten für Anlagenteile, die zwar Teil der Biomethananlage sind, aber sowieso auf dem Landwirtschaftsbetrieb benötigt werden, können zu maximal 50% angerechnet werden (Beispiel: Gülle-/Gärrestlager).

4.5 Fristen und Fristerstreckung

In der Verfügung dem Grundsatz nach wird eine Frist für die Inbetriebnahme der Anlage festgelegt. Diese Frist liegt maximal drei Jahre nach der Zusicherung dem Grundsatz nach (Datum der Verfügung). Nach Ablauf dieser Frist erlischt der Anspruch auf Förderung und bereits ausbezahlte Beträge müssen zurückerstattet werden.

Kann die Gesuchstellerin aus Gründen, für die sie nicht einzustehen hat, die in der Verfügung festgelegte Frist nicht einhalten, so kann das BFE die Frist auf Gesuch hin erstrecken. Fristen für Meldungen können ebenfalls auf Gesuch hin und mit ausreichender Begründung erstreckt werden.

Das Gesuch um Fristerstreckung ist **vor Ablauf der Frist** schriftlich einzureichen.

4.6 Anforderungen an den Betrieb

Eine Anlage, die einen Investitionsbeitrag erhalten hat, muss während mindestens 10 Jahren ab Inbetriebnahme der Anlage oder erheblicher Erweiterung so gewartet werden, dass ein regulärer Betrieb sichergestellt ist. Dies bedeutet, die Anlage muss so betrieben werden, wie sie im Gesuch beschrieben ist. Wesentliche Änderungen an der Anlage sind dem BFE während dieser Zeit zu melden. Stellt die Anlage beispielsweise nach 6 Jahren auf mehrheitlich Stromproduktion um, muss der Investitionsbeitrag vollständig oder teilweise zurückbezahlt werden.

4.7 Fehlerhafte oder unvollständige Angaben

Grob fehlerhafte oder unvollständige Angaben im Gesuch führen zu seiner Ablehnung. Normalerweise kann das Gesuch nach Bereinigung erneut eingereicht werden. Wurden jedoch wesentlich falsche Angaben gemacht oder Informationen verschwiegen (z.B. Nichterwähnung von Finanzhilfen), wird die Anlage definitiv von der Förderung ausgeschlossen. Bereits ausbezahlte Fördergelder müssen zurückerstattet werden.

5. FAQs

- *Welcher Zeitpunkt gilt als Baubeginn?*

Als Baubeginn gelten die Arbeiten auf der Baustelle, also z.B. der erste Spatenstich. Die Bestellung von Anlagenteilen gilt nicht als Baubeginn, das Risiko dafür trägt jedoch ausschliesslich die Inhaberin (gibt kein Anrecht auf Förderung).

- *Gelten Wärmepumpen als erneuerbare Wärmequellen?*

Wärmepumpen gelten nicht per se als erneuerbar, sie müssen dafür mit erneuerbarem Strom betrieben werden. Wenn z.B. eine PV-Anlage den Jahresbedarf deckt oder erneuerbarer Strom eingekauft wird, gilt die WP als erneuerbar (dar Nachweis dazu muss eingereicht werden).

- *Warum erhalten Biomethananlagen auf ARA nur 15 % der Förderung?*

Bei Klärgasanlagen gelten andere Systemgrenzen (analog zur Förderung von stromproduzierenden Biomasseanlagen). Die *Gasproduktion*, also die Schlammfaulung, wird nicht gefördert, da sie als Teil der Abwasserreinigung betrachtet wird. Es wird also nur die *Gasaufbereitung* gefördert.

- *Warum erhalten Biogasanlagen, die von der Stromproduktion auf die Biomethanproduktion umstellen, nur 15 % der Förderung?*

Analog zu den Klärgasanlagen, wird in diesem Fall nur die *Gasaufbereitung* gefördert. Die *Gasproduktion* ist bei einer Umstellung bereits vorhanden.

- *Wie soll vorgegangen werden, wenn Produktions- und Aufbereitungsanlage nicht demselben Eigentümer gehören?*

Es können zwei separate Gesuche eingereicht werden, mit dem Hinweis, dass es sich um dieselbe Anlage handelt. Der Investitionsbeitrag wird für die gesamte Anlage berechnet, dann aber aufgeteilt.

1. INTRODUCTION

La loi fédérale sur la réduction des émissions de CO₂ du 1er janvier 2025 (loi sur le CO₂ ; RS 641.71) prévoit désormais, à l'art. 34a, al. 1, let. d, un encouragement pour la production de gaz renouvelables. Dans l'ordonnance sur la réduction des émissions de CO₂ (ordonnance sur le CO₂ ; RS 641.711), le droit à l'encouragement et la contribution sont régis par les articles 113d à 113f. Les dispositions de la loi du 5 octobre 1990 sur les subventions (LSu ; RS 616.1) et de la loi fédérale du 20 décembre 1968 sur la procédure administrative (PA ; RS 172.021) s'appliquent également.

La présente directive détaille les réglementations relatives à l'instrument d'encouragement. Elle est subordonnée aux dispositions de la loi et de l'ordonnance.

2. BASES

2.1 Installations éligibles

Les nouvelles installations et les agrandissements notables d'installations de biométhane sont éligibles (art. 113d, al. 1 de l'ordonnance sur le CO₂). Les installations de biométhane sont des installations de biogaz qui épurent leur gaz pour obtenir une qualité d'injection, c'est-à-dire du biométhane, et qui l'injectent ensuite dans le réseau de gaz ou l'utilisent localement comme carburant.

2.2 Nouvelles installations et agrandissements notables

Est considérée comme **nouvelle installation** si l'une des conditions suivantes est remplie (art. 113d, al. 2, de l'ordonnance sur le CO₂) :

- Si aucune installation de biométhane ou partie d'installation de biométhane n'existait préalablement sur ce même site. Par le même site on entend la parcelle ou, si le contexte l'indique, les parcelles voisines, pour autant qu'il y ait une proximité spatiale suffisante.
- Lorsqu'une installation existante est remplacée complètement. On considère qu'il y a un remplacement complet lorsque l'investissement nécessaire est à peu près aussi important que celui d'une installation comparable effectivement neuve. Les éventuelles parties restantes de l'installation doivent tout au plus être d'importance secondaire. L'OFEN détermine s'il s'agit d'un remplacement complet après avoir entendu les requérants.
- Lorsqu'une installation de biogaz existante produisant de l'électricité est transformée en une installation produisant principalement du biométhane. Il est possible de continuer à produire de l'électricité et de la chaleur, notamment pour son propre usage. Les restrictions concernant les subventions à cet effet sont décrites au chapitre 2.3.

Est considéré comme **agrandissement notable** si des mesures de construction permettent d'augmenter la production brute d'énergie d'au moins 25% par rapport à la production moyenne des trois dernières années complètes d'exploitation (art. 113d, al. 3, de l'ordonnance sur le CO₂). Si l'installation n'a pas encore été exploitée pendant trois ans, aucune contribution d'investissement n'est accordée.

Si une installation de biogaz produisant de l'électricité fait l'objet d'un **agrandissement notable et d'une transformation vers la production de biométhane**, le requérant peut choisir si le projet est considéré comme une nouvelle installation ou comme un agrandissement notable. Dans le cas d'un agrandissement notable, la « capacité initiale » pour calculer le montant de la subvention est déduite de la capacité de la centrale de cogénération existante.

2.3 Combinaison de subventions

La contribution d'investissement (CI) pour les installations de biométhane **peut être combinée** avec :

- Des subventions cantonales ou communales;
- Des fonds d'encouragement du secteur privé (par exemple, le fonds biogaz de l'ASIC).

La CI pour les installations de biométhane **ne peut pas être combinée** avec :

- Des subventions fédérales au cours des **10 dernières années** pour le même projet resp. la même installation (art. 113d, al. 5, d'ordonnance sur le CO₂) :
 - o Des contributions d'investissements (loi sur l'énergie, loi sur le CO₂ et LCI);
 - o Des contributions pour des projets de recherche ou de P&D.
- Le système de rétribution de l'injection (SRI), la contribution aux coûts d'exploitation et la prime de marché flottante.

Un retrait du SRI, de la contribution aux coûts d'exploitation et de la prime de marché flottante permet d'obtenir une contribution d'investissement. Il faut toutefois tenir compte du fait que l'installation ne pourra ensuite **pas faire appel à ces instruments pendant les 10 années suivantes**. Dans le cas contraire, elle devra rembourser tout ou partie de la contribution d'investissement.

3. PROCESSUS DE DEMANDE

3.1 Dépôt de la demande

Les demandes doivent être soumises à l'OFEN en respectant les points suivants :

- Le propriétaire de l'installation est le seul habilité à déposer une demande.
- Seuls les investissements futurs peuvent être subventionnés. La demande doit impérativement être soumise avant le début des travaux.
- Une demande ne peut être déposée que s'il existe un permis de construire exécutoire. Si un projet ne nécessite pas de permis de construire, il doit être apte à la construction.
- Il faut attendre la garantie de principe pour commencer les travaux de construction. Il est toutefois possible de demander le début anticipé des travaux.
- La demande doit être dûment signée par le propriétaire : soit à la main sur papier (en original), soit par voie électronique avec une signature qualifiée.
- Les formulaires de demande et les annexes signés électroniquement sont de préférence envoyés via le [formulaire de transmission électronique de l'OFEN](#). Le formulaire signé à la main peut être envoyé par la poste (en alternative à la transmission électronique, les autres documents peuvent être envoyés sur un support de données) : *Office fédéral de l'énergie, CI Biométhane, Section Energies renouvelables, 3003 Berne*.
- La demande doit être complète. Les demandes incomplètes seront rejetées et devront être soumises à nouveau.
- La date de dépôt correspond à la date de réception de la transmission électronique ou la date du cachet de la poste de la demande **complète**.

Une demande complète comprend :

- Un formulaire de demande dûment rempli et signé.
- Une description du projet comprenant au moins les chapitres suivants :
 - o Situation de départ;
 - o Substrats, rendements de gaz et production de biométhane attendue;
 - o Description de l'installation;
 - o Calcul de la contribution d'investissement.
- Un plan de situation.
- Une liste des coûts imputables en format Excel, avec justificatifs (pour agrandissements: ≥ 80% des coûts doivent être justifiés avec des offres). Un modèle est mis à disposition par l'OFEN.

Les dossiers reçus font l'objet d'un contrôle afin de déterminer s'ils sont complets. Si tout est présent, le requérant reçoit un accusé de réception. La demande n'est considérée comme déposée qu'à partir de la réception de cette confirmation.

3.2 Garantie de principe

Si les conditions d'octroi sont vraisemblablement remplies et si les moyens d'encouragement sont suffisants, l'OFEN garantit de principe la contribution d'investissement et en fixe le montant maximal.

L'assurance est valable pour l'installation décrite dans la demande et se base sur la capacité prévue de l'installation de traitement. Toute modification importante du projet doit être discutée au préalable avec l'OFEN afin d'évaluer si l'assurance reste valable dans son principe.

3.3 Avis de début des travaux et de mise en service

Le début de la construction et la mise en service de l'installation doivent être annoncés à l'OFEN. L'annonce doit mentionner la date du début des travaux ou de la mise en service ainsi que les changements par rapport aux informations fournies dans la demande (par exemple, un changement de la capacité de l'installation ou du calendrier de réalisation des travaux). L'OFEN fournit un formulaire pour ces avis.

3.4 Avis de fin des travaux

Pour les nouvelles installations :

Un avis de fin des travaux doit être soumis à l'OFEN dans un délai de 6 mois suivant la mise en service de l'installation. Ainsi, les données effectives et vérifiées relatives à l'installation subventionnée sont communiquées. Il doit inclure les informations et documents suivants :

- a. Date de mise en service;
- b. Changements par rapport aux informations fournies dans la demande;
- c. Copie de l'autorisation délivrée par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF);
- d. Copie du protocole de mise en service et d'un test de performance effectué par un organisme accrédité;
- e. Décompte des coûts de construction (liste des coûts réels, avec copie des factures).

En cas d'agrandissement :

Un avis de fin des travaux doit être soumis à l'OFEN dans un délai de 18 mois suivant la mise en service de l'installation. Ainsi, les données effectives et vérifiées relatives à l'installation subventionnée sont communiquées. Il doit inclure les informations et documents suivants :

- a. Date de mise en service;
- b. Changements par rapport aux informations fournies dans la demande;
- c. Copie du protocole de mise en service et d'un test de performance, réalisé par un organisme accrédité;
- d. Données de production sur 12 mois consécutifs démontrant l'augmentation de production requise d'au moins 25%;
- e. Décompte des coûts de construction (liste des coûts réels, avec justificatifs des factures).

3.5 Fixation définitive de la contribution d'investissement

Sur la base de l'avis de fin des travaux, l'OFEN fixe définitivement le montant de la subvention par décision. La contribution d'investissement maximale accordée dans le cadre de la garantie de principe ne peut pas être dépassée. S'il ressort de l'avis de fin des travaux que les conditions d'octroi ne sont pas remplies ou que l'installation ne correspond pas aux données indiquées dans la demande initiale, le droit à une subvention s'éteint. Les paiements déjà effectués doivent être remboursés.

4. INFORMATIONS COMPLEMENTAIRES

4.1 Ordre de prise en compte

Le budget de l'instrument d'encouragement est limité. En cas de pénurie de fonds, l'ordre de priorité pour l'attribution des subventions est le suivant :

1. Les installations alimentant le réseau avant les installations n'alimentant pas le réseau.
2. Les installations de grande puissance avant les installations de faible puissance.
3. Les installations créées nouvellement avant les transformations/remplacements complets.

Les demandes pour lesquelles les fonds sont insuffisants pour un financement complet sont rejetées. Il n'y a pas de liste d'attente. Une nouvelle demande peut être soumise l'année suivante.

4.2 Début anticipé des travaux

L'OFEN peut autoriser le début anticipé des travaux s'il y a de graves inconvénients à attendre la garantie de principe. La décision d'autorisation est communiquée en même temps que l'accusé de réception. La construction ne doit pas commencer avant réception de cette autorisation, sinon le droit à une subvention s'éteint. L'autorisation ne donne pas droit à une contribution d'investissement.

4.3 Paiement de la contribution d'investissement

Un calendrier de paiement est fixé dans la décision. En règle générale, la contribution d'investissement est versée en deux ou trois tranches. Chaque paiement est lié à une étape. La première tranche est versée au début des travaux, la dernière après la fixation définitive de la contribution d'investissement (suite à l'avis de fin des travaux). Des conditions supplémentaires pour les versements peuvent être définies dans la décision (par exemple, la présentation de justificatifs).

La décision peut définir des restrictions qui s'appliqueront en cas de réduction des fonds d'encouragement par le Conseil fédéral ou le Parlement. Ces restrictions peuvent également concerner des subventions déjà décidées, mais pas encore versées.

4.4 Coûts imputables

Les coûts de planification, de construction et de direction des travaux sont imputables s'ils sont :

- a. Directement liés à la production de biométhane de l'installation;
- b. Nécessaires, efficaces et appropriés.

Si l'OFEN estime que certains coûts ne sont pas nécessaires, inefficaces ou inappropriés, les coûts concernés sont réduits. Les frais de planification et de direction des travaux sont pris en compte jusqu'à maximum 15 % des frais de réalisation imputables. Les prestations propres peuvent être prises en compte à un taux horaire usuel dans la branche et jusqu'à 30'000 francs au maximum, pour autant qu'elles soient consignées en détail et justifiées. Les rapports d'heures doivent être joints à l'avis de fin de chantier pour être pris en compte.

Ne sont notamment pas pris en compte (liste non exhaustive):

- Coûts du terrain
- Rues et parkings
- Véhicules
- Concepts de végétalisation, travaux d'environnement
- Taxe sur la valeur ajoutée

Pour les exploitations agricoles, la règle suivante s'applique : les coûts des équipements qui font partie de l'installation de biométhane, mais qui sont également nécessaires à l'exploitation agricole, peuvent être pris en compte à hauteur de 50% maximum (p.ex.: stockage de lisier/digestat).

4.5 Délais et prolongation des délais

La décision de principe définit un délai pour la mise en service de l'installation. Ce délai est au maximum trois ans après la date de l'octroi de la garantie de principe. Passé ce délai, le droit à l'aide s'éteint et les montants déjà versés doivent être remboursés.

Si le requérant ne peut pas respecter le délai fixé dans la décision pour des raisons qui ne lui sont pas imputables, l'OFEN peut prolonger le délai sur demande. Les délais pour les avis peuvent également être prolongés sur demande et avec une justification suffisante.

La demande de prolongation du délai doit être présentée par écrit **avant l'expiration du délai**.

4.6 Exigences relatives à l'exploitation

Une installation ayant bénéficié d'une contribution d'investissement doit être entretenue pendant au moins 10 ans à compter de la mise en service de l'installation ou de son extension importante, de manière à garantir un fonctionnement régulier. Cela signifie que l'installation doit être exploitée comme décrit dans la demande. Toute modification importante apportée à l'installation doit être signalée à l'OFEN pendant cette période. Si l'installation passe par exemple à une production majoritaire d'électricité après 6 ans, la contribution d'investissement doit être remboursée en totalité ou en partie.

4.7 Données erronées ou incomplètes

Si la demande contient des informations erronées ou incomplètes, elle sera rejetée. Celle-ci peut être soumise à nouveau après avoir été corrigée. Toutefois, si des données erronées ont été sciemment fournies ou si des informations ont été dissimulées (par exemple, si des aides financières n'ont pas été mentionnées), l'installation sera définitivement exclue de la subvention. Des subventions déjà versées devront être remboursées.

5. FAQ

- *Quelle est la date de début des travaux ?*

Les travaux sur place sont considérés comme le début des travaux, par exemple le premier coup de pelle. La commande d'éléments d'installation n'est pas considérée comme le début des travaux, mais le titulaire en assume seul le risque (ne donne pas droit à des subventions).

- *Les pompes à chaleur sont-elles considérées comme des sources de chaleur renouvelables ?*

Les pompes à chaleur ne sont pas automatiquement considérées comme renouvelables, elles doivent être alimentées en électricité renouvelable pour cela. Si, par exemple, une installation photovoltaïque couvre les besoins annuels ou si de l'électricité renouvelable est achetée, la PAC est considérée comme renouvelable (fournir les justificatifs correspondants).

- *Pourquoi les installations de biométhane des STEP ne reçoivent-elles que 15 % de la subvention ?*

Pour les installations de gaz d'épuration, les limites du système sont différentes (comme pour l'encouragement des installations de biomasse produisant de l'électricité). La *production* de gaz, c'est-à-dire la digestion des boues, n'est pas subventionnée, car elle est considérée comme faisant partie intégrante du traitement des eaux usées. Seul le *traitement* du gaz est donc subventionné.

- *Pourquoi les installations de biogaz qui passent de la production d'électricité à la production de biométhane ne reçoivent-elles que 15 % de la subvention ?*

Comme pour les installations de gaz d'épuration, seul le *traitement* du gaz est subventionné dans ce cas. En cas de transformation, la *production* de gaz est déjà présente.

- *Comment procéder lorsque l'installations de production et l'installation de traitement n'appartiennent pas au même propriétaire ?*

Il est possible de déposer deux demandes distinctes, en précisant qu'il s'agit de la même installation. La contribution d'investissement est calculée pour l'ensemble de l'installation, mais elle est ensuite répartie.